Der „Briesetal-Bote" erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. zuzüglich Bestellgebühr. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briesetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Hauptstraße 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die einspaltige Petitzeile kostet 20 Pfennig, die Reklamezeile 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briesetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 131 | Postscheckkonto: Berlin 62 448. | Donnerstag, den 19. August 1926 | Postscheckkonto: Berlin 62 448. | 25. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Eine Strickjacke als verloren gemeldet.

Birkenwerder, den 18. August 1926.

Der Amtsvorsteher. Pieper.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Ziegenbockkörung.

Diesjähriger Körtermin für Birkenwerder am **Montag, den 23. August 1926, 11:45 Uhr vormittags,** in Birkenwerder (Lokal Boddensee).

Zum Decken fremder Ziegen dürfen nur solche Ziegenböcke Verwendung finden, die durch den vom Kreise bestellten Körausschuß für zulässig zur Zucht erklärt, d. h. angekört sind.

Die Ziegenbockhalter, die ihre Böcke zum Decken fremder Ziegen benutzen wollen, werden hiermit aufgefordert, die Ziegenböcke zum Körtermin vorzuführen. Hierbei sind evtl. Abstammungspapiere mitzubringen. Falls bei Jungböcken, die zur Körung vorgestellt werden, keine Abstammungspapiere vorhanden sind, ist die Mutter des Bocks mitzubringen.

Kinder im schulpflichtigen Alter dürfen zur Vorführung von Ziegenböcken keine Verwendung finden.

Birkenwerder, den 18. August 1926.

Der Gemeindevorsteher. Blank.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

20 Mark Belohnung

wird demjenigen gezahlt, der den Dieb, der in ganz gemeiner Weise Blumen usw. von den Gräbern der Friedhöfe entwendet, so nachweist, daß er strafrechtlich belangt werden kann.

Ferner zahlt die Gemeinde für den Nachweis von Personen, die sich an Gemeindeeigentum (wie Baumpfähle, Straßenbäume, Grabenüberbrückungen usw.) vergehen, ebenfalls Belohnungen.

Bergfelde, den 18. August 1926.

Der Gemeindevorsteher. Czekowski.

Was gibt es Neues?

— Das Reichskabinett wird voraussichtlich im August keine Sitzung mehr abhalten.

— Bei einem neuen Lokaltermin in Groß-Rottmersleben wiederholte Schröder sein früheres Geständnis.

— Das staatsanwaltschaftliche Verfahren gegen die hannoversche Studentenschaft in der Affäre Lessing ist eingestellt worden.

— Im Prozeß Flessa ist sowohl von der Staatsanwaltschaft wie von der Verteidigung Revision eingelegt worden.

— In Königsberg wurde der 63. Genossenschaftstag des Deutschen Genossenschaftsverbandes eröffnet.

— Der amerikanische Staatssekretär Kellogg beabsichtigt angeblich zurückzutreten; als sein Nachfolger wird Botschafter Houghton genannt.

Der Mittelmeerbund.

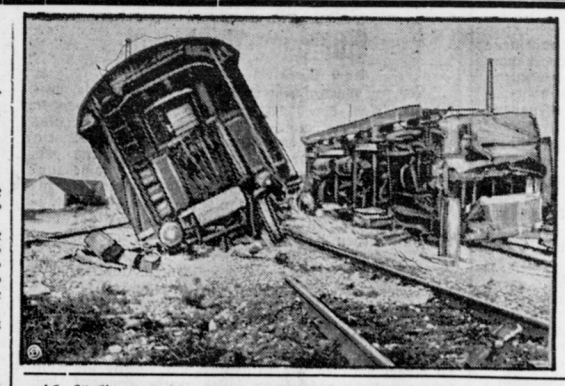
Mit Recht hat neulich ein englisches Blatt gefragt, wozu der Genfer Völkerbund eigentlich dienen solle, wenn seine Mitglieder Bündnisse eingehen könnten, die besondere Interessen schützen sollen. Für diese Abmachungen hört also das Einspruchsrecht des Völkerbundes auf. Frankreich hat eine Militärkonvention mit den Polen und Tschechen abgeschlossen, Tschechen, Südslawen und Rumänen bilden eine Vereinigung in der kleinen Entente, und jetzt hat Italien mit Spanien und Griechenland einen Mittelmeerbund abgeschlossen. Rußland, das nicht zum Völkerbund gehört, hat außerdem Verträge mit der Türkei und mit Japan abgeschlossen, und Deutschland, das in den Bund im nächsten Monat eintreten soll, hat seinen bekannten Neutralitätsvertrag mit der Sowjet-Republik. Weitere Abmachungen stehen noch in Aussicht, aber schon die genannten Vereinbarungen genügen für die Gegenwart, um zu beweisen, daß die Tätigkeit des Völkerbundes, wie man sie sich ursprünglich vorstellte, wesentlich eingeschränkt worden ist. Denn Frankreich und England, die maßgebenden Bundesmächte, haben zu viel miteinander zu tun, um sich in die Angelegenheiten der übrigen Vertragsstaaten einzumischen, deren Selbstgefühl nichts zu wünschen übrig läßt.

Die größte Aufmerksamkeit nimmt heute der spanisch-griechisch-italienische Mittelmeerbund in Anspruch, der natürlich von Mussolini gegründet worden ist, aber wahrscheinlich noch eine weitere Ausdehnung erfahren wird. Der italienische Diktator denkt von sich und seiner Zukunft viel zu hoch, als daß er sich zum Gefolgsmann für Frankreich und England hergeben sollte, er will in allen Dingen, die das Mittelländische Meer, die römische See, angehen, die führende Persönlichkeit darstellen. Er sieht die Aufgabe vor sich, seinen Landsleuten neue und große Anregungen nach außen hin zu bieten, denn daß die Italiener nicht dauernd durch ihre innere Politik zu fesseln sein werden, ist unschwer zu erkennen. Daß er Spanien und Griechenland bestimmte, und — nicht kleine — Zusicherungen gemacht hat, ist zweifellos, denn diese beiden Staaten würden sonst unbedingt an ihrem früheren Schutzpatron Frankreich festgehalten haben.

Italien hat in den 70 Jahren, in welchen es den Aufstieg vom Königreich Savoyen zum einigen Königreich Italien erreicht hat, die Möglichkeiten, die sich ihm auf Kosten anderer Staaten darboten, vortrefflich auszunutzen gewußt. Es hat jede Hilfe benutzt, aber sich keinen Augenblick besonnen, den Helfer fallen zu lassen, so bald es ihn nicht mehr brauchte. Von Dank ist so gut wie niemals die Rede gewesen, und am deutlichsten ist diese Haltung gegenüber Deutschland und dem Dreibund hervorgetreten. Vor mehr als zwei Menschenaltern unternahm Garibaldi mit seinen tausend Freischärlern den Zug nach Sizilien, der zur Eroberung des Königreiches Neapel führte. Er wäre aber nicht gelungen, wenn die englische Flotte im Mittelmeer diese Expedition nicht hätte durchfahren lassen. Damals galt England als der Schutzherr von Italien, das hinterher zu Frankreich hinüberschwenkte, um auch von diesem als Werkzeug benutzt zu werden. Frankreich nahm Tunis in Nordafrika, auf das Italien zuversichtlich gerechnet hatte, und nun erfolgte der Anschluß der römischen Regierung an Deutschland und Oesterreich. Von diesen ist Italien wirklich als gleichberechtigter Bundesgenosse geachtet worden, und es hat in dieser Zeit die wirkliche Machtstellung einer Großmacht erreicht, die ihm vorher aus finanziellen und wirtschaftlichen Mängeln gefehlt hat. Der Versuch, Abessinien zu annektieren, brachte Italien später die schwere Niederlage von Adua, und auch die Besetzung von Tripolis ging nicht so glatt vonstatten. Auch im Weltkriege konnte es keine großen Lorbeeren erringen, und es erntete beim Friedensschluß, wo es nicht gesät hatte.

Mussolini will jetzt das alte römische Reich von der Höhe der Alpen, vom Brenner, bis nach Afrika, wiederherstellen.

Ein Dorn im Auge ist für Italien und für Mussolini der südslawische Besitz des Küstenlandes von Dalmatien, und diesem gilt sein nächster Zukunftsplan, sowie der Pakt mit Griechenland, während die Gemeinsamkeit der Interessen mit Spanien auf afrikanischem Boden liegt. In Paris ist man von diesen mussolinischen Plänen selbstverständlich sehr wenig erbaut, während man in London die sich entwickelnde französisch-italienische Nebenbuhlerschaft so lange noch mit einem gewissen Wohlgefallen betrachtet, wie ausgesprochen englische Interessen dadurch nicht berührt werden.



Die Eisenbahn-Katastrophe bei Freising.

Im Gebiete der Station Langenbach bei Freising, in der Nähe von München, entgleiste der Berliner Eilzug nach München, der die Station Langenbach vormittags 9.33 Uhr passierte. In der Nähe der Station wurde ein Schienenwechsel vorgenommen. Durch einen unglücklichen Zufall wurde der Wechsel verstellt, während der Eilzug ihn überfuhr. Der Zug riß ab. Der erste Teil fuhr weiter, während der Spitzenwagen des abgerissenen Zuges entgleiste und auf eine Seite überschlug. Die nächsten Personenwagen wurden mit ihren Kopfteilen ineinander geschoben. Elf Reisende wurden getötet, 7 schwer- und 18 leicht verletzt. Unser Bild: Die zertrümmerten Wagen.

Der Eisenpakt gesichert?

Wie gegenüber den pessimistischen Brüsseler Meldungen erneut festgestellt wird, kann man das Zustandekommen des kontinentalen Eisenpaktes als gesichert ansehen. Die Schwierigkeiten Belgiens sind interner Natur und besonders darauf zurückzuführen, daß die belgische Gruppe eine nicht so straffe Organisation darstellt, wie die Gruppen der anderen Beteiligten. Die anderen Beteiligten — Deutschland, Frankreich und Luxemburg — waren sich durchaus einig, und die Vertragsbestimmungen bestehen entgegen anderen Ausführungen absolut und im ganzen fest. Man erwartet nunmehr bis zum 15. September die Beibringung der Unterschrift der noch ausstehenden Länder (bei Frankreich nur formaler Natur), so daß damit der Pakt formell zum Abschluß gelangen würde.

Auch von Paris aus wird bestätigt, daß von einem Scheitern der Verhandlungen nicht gesprochen werden kann, sondern nur von einem Aufschub. Man hält dort allerdings noch neue Verhandlungen für erforderlich. Dabei bestätigt auch das „Journal", daß der Fall Frankreichs von dem Belgiens ganz verschieden sei. Das Kompromiß habe im ganzen die Zustimmung des größten Teiles der französischen Metallindustrie gefunden. Der Widerstand komme lediglich von einigen Firmen, die der Ansicht seien, daß man ihnen ungenügende Kontingente zugewiesen habe. Diese Schwierigkeiten können aber durch neue Verhandlungen leicht behoben werden. Auf der belgischen Seite stehe man vor einer allgemeinen Opposition. Die gesamte belgische Metallindustrie halte sich für übervorteilt und sei der Ansicht, daß man der luxemburgischen Konkurrenz zu weit entgegengekommen sei.

Es sei allerdings fraglich, ob dies der einzige Grund für den belgischen Widerstand sei. Man dürfe nicht vergessen, daß Belgien zwischen England und Deutschland stehe. England habe es bisher aber nicht für wünschenswert gehalten, in das Kartell einzutreten, obwohl man ihm ganz bestimmte Vorschläge gemacht habe. Belgien zögere, Partei zu ergreifen und suche gewisse Vorteile zu erreichen, indem es die versteckte Opposition Englands nach außen hin vertrete.

Die Quotenberechnung, über die gleichfalls Einigkeit herrscht, rechnet mit einer jährlichen Gesamtvollproduktion von 29 Millionen Tonnen für alle Länder. Nach zuverlässiger Schätzung beträgt die augenblickliche Produktion rund 27 bis 28 Millionen Tonnen. Hier setzt das schwierige Ausgleichssystem ein. Der bestimmt festgesetzte Prozentsatz bei Vollproduktion beträgt für Deutschland rund 42,25 Proz., er ist für Deutschland ebenso wie für die anderen Länder je nach der tatsächlichen Produktion gleitend und ausgleichend. Für die Kontingentierung beträgt der Prozentsatz zuverlässig 6,5 bis 6,75 Prozent der Produktion.

Ratsfrage und Tangerfrage.

Was wird Spanien tun?

Der plötzlich wieder aufgetauchte Anspruch Spaniens auf die Tangerzone findet in London viel Beachtung. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, Spaniens Freunde glaubten nicht, daß die Madrider Regierung ihre frühere Taktik wiederholen wolle, die Ratssitzfrage mit dem Tangerproblem zu verbinden. Madrid dürfte vielmehr gewillt sein, jede einzelne dieser Fragen gesondert zu erörtern. Allerdings dürfte man nicht unbeachtet lassen, daß Frankreich den spanischen Wünschen in der Tangerfrage heute nicht mehr so ablehnend gegenüberstehe als früher.

In der Völkerbundsfrage halte man in britischen Kreisen die Ansicht aufrecht, daß die sofortige Zulassung Deutschlands der wichtigste Programmpunkt der Herbsttagung sei, hinter der alle anderen zurücktreten müßten. In London werde erneut betont, daß Großbritannien in der Frage der Zusammensetzung des Völkerbundsrates gegenüber keiner Macht mit Ausnahme Deutschlands Verpflichtungen eingegangen sei.

Die deutsch-französische Kontroverse über den Germersheimer Zwischenfall werde in London als unzeitgemäß verurteilt. Die Differenzen zwischen den Alliierten und Deutschland sollten erst dann erwogen werden, wenn Deutschland seinen Sitz in Genf eingenommen hat.

Deutscher Genossenschaftstag.

Es geht wieder aufwärts.

In der Königsberger Stadthalle wurde am Dienstag die erste Hauptversammlung des 63. Genossenschaftstages des Deutschen Genossenschaftsverbandes in Anwesenheit von zahlreichen Vertretern der Reichs- und Staatsbehörden sowie der Kommunalbehörden und Wirtschaftsorganisationen eröffnet.

Nach den Begrüßungsansprachen gab Professor Dr. Stein, der Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes dann den Jahresbericht ab, der einleitend darauf hinweist, daß das Jahr 1925 mit dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft begonnen und mit ihrer Reinigung geendet habe. Die Absatzstockung, die in der zweiten Jahreshälfte begann und zum Kreditabbau zwang, habe schließlich zu der Krise geführt, die die Konkurse und die Arbeitslosenziffer in jähen Sprüngen